aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

57 Nov/Dez 2025 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

INTERNATIONAL

- Neuer Aufschwung sozialer Revolte weltweit: Die Gen Z erhebt sich
- Kein „Frieden" in einem Gefängnis aus Trümmern und Gräbern
- „Dreckiger Kommunist" oder glanzvoller Sozialdemokrat?
- Sudan: Kapitalistische Barbarei in ihrer Reinform

ab Seite 2

FEMINISMUS

10 Jahre Ni Una Menos

Seite 9

DEUTSCHLAND

- Heute schon Merz' Stadtbild gestört?
- Schüler:innen machen mobil

Seite 10

BETRIEBE

Bahn: Viele Probleme verderben die Fahrt

ab Seite 13

ÖSTERREICH

Sie sagen kürzen – wir sagen stürzen

Seite 14

Das Symbol der GEN-Z Proteste. Piratenflagge aus dem Manga One Piece

Der Imperialismus zieht die Schrauben an: klassenkämpferische Perspektiven nötiger denn je!

Friedrich Merz hat mit der SPD ein Wehrdienst eingeführt, die schon die Mittel zu einer echten Wehrpflicht vorbereitet. Die seit Jahren beschworene „Kriegstüchtigkeit" aller bürgerlichen Parteien nimmt damit eine konkrete Form an. Dieser Angriff auf die Jugend steht nicht isoliert da: Er reiht sich ein in Merz' rassistische Aussagen über das „Stadtbild", in seine Abschiebepläne und die erneuten Angriffe auf das Bürgergeld. Auch bei der Deutschen Bahn sehen wir, wie sehr die Kapitalist:innen die Bewahrung ihre Profite auf Kosten unsere Bedürfnisse sichern.

Der „Herbst der Reform" ist aber kein rein deutsches Phänomen, die westlichen Imperialismen versuchen durch alle Gräuel ihre wirtschaftliche Herrschaft zu behalten. So gehen wir auf den Genozid in Sudan ein, die durch den RSF mit finanzieller Unterstützung Deutschland verübt wird. In Gaza zeigt sich weiterhin der Zynismus der USA und der deutschen Staatsräson.

Revolte und Gegenwehr sind nicht verschwunden. Von der Organisierung gegen die AFD-Jugend bis zur Palastinäbewegung regt sich Widerstand gegen diese Zustände. Vor allem zeigt die Revolte der Gen-Z in Madagaskar, Marokko, Nepal und Indonesien deutlich all die Wut gegen das kapitalistische Elend und seinen Verwalter. Selbst in Trumps-Land zeigt die Kandidatur Mamdanis die Wut auf die kapitalistischen Verhältnisse. Die Frage der Perspektive all dieser Bewegungen bleibt aber entscheidend: wie aus spontaner Empörung, eine klassenkämpferische und nachhaltig erfolgreiche Strategie werden kann? ■

Neuer Aufschwung sozialer Revolte weltweit: Die Gen Z erhebt sich

Die Welt erlebt derzeit einen neuen Aufschwung sozialer Revolte: Von den USA über Frankreich, Serbien, Marokko, Nepal, Indonesien, Tansania bis nach Madagaskar, Peru und Italien brodelt es auf den Straßen. Besonders auffällig sind die neuen Protestbewegungen in Südostasien, wo auf die Aufstände in Sri Lanka und Bangladesch in den Jahren 2022 und 2024 neue Erhebungen folgen. Symbolträchtig schwenken Demonstrierende die Flagge von Ruffys Strohhutpiraten aus dem populären Manga „One Piece" — ein Banner, das nicht nur in Nepal und Indonesien zum Zeichen der Aufstände geworden ist.

Was diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen verbindet, ist nicht nur das Alter oder ein Manga-Symbol, sondern vor allem ihre Ablehnung der blockierten Zukunft, die der Kapitalismus und seine korrupten Eliten ihnen aufzwingen. Eine ganze Generation erkennt zunehmend, dass die Demokratie, für die ihre Eltern gekämpft haben, nicht funktioniert. Gewählte „Volksvertreter" plündern mit ihren milliardenschweren Freunden weiter die öffentlichen Kassen.

Der grausame Genozid in Gaza, mit Zehntausenden Toten und offenen Kriegsverbrechen, zeigt die zynische Doppelmoral des Westens, namentlich der USA, Frankreich, Deutschlands und Italiens . Sie unterstützen einen mörderischen Krieg, während sie sich nach außen als „Verteidiger der Demokratie" inszenieren. Diese Verlogenheit legt sich als bittere Erkenntnis über Millionen von Menschen weltweit.

Und so entstehen Protestwellen, die verschiedene Ursachen haben, sich aber in einem gemeinsamen Willen zur Veränderung vereinen – überall treten neue junge Kräfte auf die politische Bühne und fordern radikale Umbrüche.

Nepal – Aufstand der Jugend gegen Korruption und Arroganz

In Nepal entluden sich Anfang September heftige Proteste, die aus Wut auf die korrupten Eliten entstanden. Innerhalb von nur 48 Stunden wurde die Regierung gestürzt. Einkaufszentren wurden geplündert, die Residenz einer ehemaligen „First Lady" niedergebrannt, ein Finanzminister von der Menge misshandelt und in einen Fluss gejagt. Einige korrupte Politiker konnten nur durch Hubschraubereinsätze „gerettet" werden. Sie wurden von Demonstranten verfolgt, auf Plakaten waren ihre Köpfe abgebildet mit dem Spruch „Tot oder lebendig gesucht". Die Zweitägigen Unruhen in Kathmandu waren eine der intensivsten Ausbrüche sozialer Revolte der letzten Jahre.

> Luxusresidenzen von Politikern wurden überfallen – sogar die Katzen eines bekannten Abgeordneten wurde gestohlen

Ursprünglich begannen die Jugendproteste als Reaktion auf die Abschaltung von sozialen Medien und endete als Revolte gegen die Misswirtschaft und die Privilegien einer kleinen, reichen Elite. Trotz brutaler Gewalt seitens der Regierung - am 8. und 9. September wurden 72 Menschen bei Protesten ermordet – ließ sich die Jugend nicht einschüchtern und reagierte darauf, indem sie Regierungsgebäude und Polizeistationen in Brand steckte.

Schlussendlich übernahm die Armee die Kontrolle der Straßen und setzte Panzer und Stacheldraht ein, um das Regime zu schützen. Es wurde versucht den Schein einer Demokratie zu wahren: Eine ehemalige Richterin des Obersten Gerichtshofs, bekannt für Antikorruptionsarbeit, wurde als neues Gesicht der Regierung installiert.

Die Bewegung konnte trotz massiver Repression rasch an Dynamik gewinnen. Organisiert wurden die Proteste stark über die Plattform Discord – ein Zeichen dafür, wie die Gen Z sich vernetzt und mobilisiert.

Indonesien – Widerstand gegen Sozialabbau und politische Repression

In Indonesien kam es zu Protesten gegen massive Haushaltskürzungen, die vor allem auf Kosten der Bildungs- und Sozialbudgets gingen. Der Staatshaushalt sollte um 20% gekürzt werden. Um die Haushaltskürzungen zu bewältigen beschlossen Lokalpolitiker:innen die obligatorischen Abgaben um 250 Prozent zu erhöhen – was explosionsartig Widerstand hervorrief.

In Jakarta protestierten Tausende Schüler:innen und Studierende stundenlang gegen die Polizei, unterstützt von einem Teil der Stadtbevölkerung. Die brutale Verhaftungswelle führte zur sozialen Radikalisierung. Als die Polizei einen Motorradtaxifahrer – einen Plattformarbeiter - erschoss, schlossen sich Plattformarbeiter*innen, eine prekäre, oft ausgebeutete Arbeitergruppe, massenhaft den Protesten an. In den sozialen Medien waren Polizisten zu sehen, die entwaffnet wurden, die Kontrolle über ihre Fahrzeuge verloren und sich vor Menschenmengen zurückziehen mussten. Das waren die Bilder die dazu führten, dass sich die Proteste sich auf viele

Städte ausweiteten.

Die Revolte erreichte einen Punkt, als regionale Parlamente und Politikerhäuser angegriffen, Verwaltungsgebäude in Brand gesetzt wurden. Luxusresidenzen von Politikern wurden überfallen – sogar die Katzen eines bekannten Abgeordneten wurde gestohlen – ein symbolischer Akt der Verachtung der herrschenden Politik, den der Präsident Indonesiens präsentierte seine eigene Katze immer wieder im Fernsehen.

Die indonesische Armee verhielt sich vergleichsweise neutral, Spaltungsversuche der Gewerkschaften, die das Regime unterstützen, zeigten die Schwierigkeiten einer organisierten Gegenwehr. Die jungen Protestierenden, oft selbstorganisiert und unabhängig kämpfen für grundlegende soziale Rechte und gegen die bestehende Klassenherrschaft.

In Indonesien waren es die Plattformarbeiter*innen, von denen es vier Millionen im Land gibt, von denen viele an vorderster Front der Mobilisierungen standen. Sie haben eine gewisse Kampferfahrung, denn während der Epidemie hatten diese ohne Vertrauen in die korrupten Gewerkschaftsstrukturen etwa fünfzig wilde Streiks organisiert, an denen sich Zehntausende von Arbeiter:innen beteiligten, die oft mehrere Tage dauerten und manchmal siegreich waren

Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Perspektiven der globalen jungen Revolte

Diese weltweiten Proteste eint vor allem der Kampf gegen Korruption, für demokratische Rechte und politische Freiheiten. Die Jugend nutzt soziale Medien und digitale Plattformen wie Discord, TikTok oder andere, um zu mobilisieren und zu organisieren.

In Indonesien, aber auch in Peru spielten prekarisierte Teile der Arbeiter:innenklasse, vor allem Plattformarbeitende eine wichtige Rolle. Die Zahl der Arbeiter:innenklasse steigt weltweit, oft mangelt es ihr aber noch an Kampferfahrung und Organisierung.

Doch trotz der gemeinsamen Forderungen fehlt eine einigende, starke Organisation, die die vielfachen Bewegungen bündeln und in eine klare politische Richtung lenken könnte. Die Proteste bergen ein großes Potenzial zur Selbstermächtigung, aber die Gefahr ist auch groß, dass autoritäre Kräfte wie die Armeen der Staaten die Kontrolle übernehmen und die Bewegungen kanalisieren oder zerschlagen.

Die Frage bleibt: Ist der Aufbruch der Gen Z ein Vorbote einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation hin zu echter Demokratie und sozialer Gerechtigkeit? Oder werden die Aufstände von reaktionären und militärischen Kräften vereinnahmt, die letztlich den Status quo bewahren? Und schaffen wir es Organisationen aufzubauen, die langfristig die Erfahrungen der Kämpfe kanalisieren und neben der Jugend auch die Arbeiter:innenklasse organisiert.

Gen Z an der Macht? – Ein Anfang, kein Ende

Die Proteste in Ländern wie Sri Lanka, Bangladesch, Madagaskar und Nepal haben bereits Regierungen gestürzt und teilweise junge Leute in Ministerämter gebracht. Doch Ausbeutung und Korruption existieren weiterhin. Der Staatsapparat mit seiner Polizei und Armee beherrscht das Spiel zwischen Zuckerbrot – Reformversprechen – und Peitsche – Ausgangssperren und Kriegsrecht. Das zeigt sehr deutlich, dass der Sturz einer verhassten Regierung nicht ausreicht, um die sozialen Probleme zu lösen.

Nur die Macht der Arbeiter:innenklasse, radikal und konsequent gegen das bürgerliche Eigentum gerichtet, kann die Wurzeln der Ausbeutung wirklich ausrotten und eine Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik schaffen.

Die Gen Z trägt den Funken sozialer Revolte auf die Straßen und Plätze weltweit. Doch der Kampf hat gerade erst begonnen. ■

Karl Gebhardt, Berlin

Kein „Frieden“ in einem Gefängnis aus Trümmern und Gräbern

Vor einem Monat deklarierte Trump das Ende des „Krieges“ in Gaza. Seit dem 10. Oktober gibt es einen sogenannten Waffenstillstand zwischen der Hamas und Israel. Der deutsche Kanzler Merz meinte schon am 9. Oktober: „Es gibt keinen Grund mehr, jetzt für Palästinenser in Deutschland zu demonstrieren. Es ist dann Frieden in Gaza.“ Nein, das ist kein Frieden! Was sie als „Frieden“ bezeichnen, ist ein Krieg mit anderen Mitteln zur weiteren Terrorisierung einer ganzen Bevölkerung. Wir werden nicht aufhören zu protestieren!

Sicher, der Waffenstillstand hat eine Erleichterung für die Menschen in Gaza gebracht. Der Bombenterror ist vorbei. Aber was für ein „Frieden“ soll das sein, wenn trotzdem innerhalb eines Monats über 242 Palästinenser:innen (darunter 117 Kinder) getötet und mehr als 600 verletzt wurden? Trump spricht von „Scharmützeln“ – ja, 10 oder 15 tote Palästinenser:innen jeden Tag, zählen für ihn nicht … Das israelische Militär besetzt weiterhin etwas mehr als die Hälfte des Gazastreifens. Bulldozer zerstören weiter Häuser und Agrarland. Netanjahu hatte im Oktober 2023 versprochen, Gaza in Schutt und Asche zu legen. Er hält seine Versprechen.

Fast 2 Millionen leben zusammengepfercht in Zelten in dem anderen Teil, der von der Hamas kontrolliert wird. Das israelische Militär lässt Hilfslieferungen nur so gedrosselt zu, das bei weitem nicht das Nötigste abgedeckt wird, was eine ausgehungerte und ausgebombte Bevölkerung bräuchte. Ein klarer Verstoß gegen die Waffenstillstandsvereinbarung. Der Hunger geht weiter, das Leiden, das Sterben. Dazwischen manchmal Bilder, die einen Hauch von Hoffnung zwischen Trümmern ohne Zukunft zeigen.

Die Palästinenser:innen – und damit die ganze Welt – bekommen demonstriert: Kleinste „Fehler“ oder gar Widerstand werden sofort mit Abschalten der Hilfslieferungen oder direkter Todesstrafe geahndet. Kontrolle und Strafe auf neuem Niveau unter Nutzung modernster Hightech-Technologie.

Wird es nach dieser „Phase 1“ des Trump-Plans eine „Phase 2“ geben? „Phase 2“ sieht eine Verwaltung des Gaza-Streifens unter der Leitung von Trump und dem früheren britischen Premierminister Tony Blair vor mit einer internationalen Militärtruppe. Jetzt, wo alle israelischen Geiseln zurück sind, ist nicht ausgeschlossen, dass der unmenschliche derzeitige Zustand ein Dauerzustand werden könnte. Die koloniale Unterdrückung wird nicht mehr verschleiert, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser:innen wird offen mit Füßen getreten, der Völkermord findet seine Fortsetzung mit anderen Mitteln.

Auch der Krieg gegen die Palästinenser:innen im Westjordanland wurde ausgeweitet. Radikale Siedler:innen fallen über Palästinenser:innen her, die jetzt im Herbst versuchen, ihre Oliven zu ernten. Vertreibungen und Brandschatzungen, die mit voller Unterstützung des israelischen Staates passieren, haben ein bisher ungekanntes Ausmaß erreicht. Einen Frieden, der den Namen verdient, kann es nur geben mit Beendigung der Besatzung, mit vollen und gleichen Rechten für alle Palästinenser:innen und Israelis in dem historischen Gebiet Palästinas!

All das passiert in einer allgemeinen Atmosphäre, die zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zu Völkermord anstachelt. Das geleakte Video, das Folter und Vergewaltigung eines palästinensischen Gefangenen im israelischen Gefängnis Sde Teiman zeigt, ist ein Beispiel für die Verrohung der israelischen Gesellschaft, in der die Entmenschlichung der Palästinenser:innen an der Tagesordnung ist.

Diese Gräuel sind nur möglich, weil mächtige Wirtschaftsmächte wie die USA und Deutschland Israel auf vielfältige Weise stützen.

Die Rolle von USA und Deutschland

Für die USA und ihre Vorherrschaft in der ölreichen und rohstoffreichen Region, war der „Waffenstillstand“ wichtig. Schon seit 2020 hatten die USA unter dem Namen Abraham-Abkommen wirtschaftliche und militärische Beziehungen der arabischen Länder mit Israel und den USA aufgebaut. Demnächst soll das rohstoffreiche Land Kasachstan beitreten, Syrien hat gerade erklärt, zu dem Club gehören zu wollen, auch Saudi-Arabien ist schon lange im Gespräch. Die Palästinenser:innen stören beim Aufbau dieses „Clubs der Stärke“ (Zitat Trump). Es ist anzunehmen, dass die Herrschenden dieser Länder noch nach einer „Lösung“ suchen. Eine „Lösung“ aber, die nur auf Kosten der Bevölkerungen des Nahen Ostens gehen kann, zuallererst auf Kosten der Palästinenser:innen.

Deutschland, das sich nicht scheut, die Welt zuzutexten mit Gelaber von Demo-

>> Ihr „Frieden“ ist eine Kriegserklärung an uns alle. Wir werden weiter protestieren. <<

kratie und Menschenrechten, hat Beihilfe geleistet und macht weiter. Unter dem Druck der Proteste hatte Merz im Sommer 2025 zwar angekündigt, dass Deutschland keine neuen Waffenexporte genehmigen werde, die in Gaza zum Einsatz kommen könnten. Das war aber nur eine kleine Geste. Aktivist:innen, die Flugzeuge tracken gehen davon aus, dass die Lieferung von Waffenteilen weitergegangen ist.

Die militärischen Kooperationen haben sich in den letzten Jahren jedenfalls vertieft. Und vom Boom bei Aufrüstung und Überwachungstechnik in Deutschland profitieren auch israelische Firmen – „getestet in Palästina“ gilt als Gütesiegel. Kürzlich hat Deutschland die Lieferung von *Spike*-Panzerabwehrraketen im Wert von 2 Milliarden Euro vereinbart. Im September wurde berichtet, dass Deutschland drei weitere *Heron* Drohnen für 930 Millionen Euro kaufen will; obwohl (oder gerade!) weil diese Drohnen in Gaza seit Jahren eingesetzt werden.

Die Aufrüstungspolitik leert nicht nur die Taschen der öffentlichen Haushalte und die Konten der Arbeitenden hierzulande, sie unterstützt auch die Völkermord-Politik an den Palästinenser:innen.

Zeig mir deine Freunde und ich sag dir wer du bist

Deutsche Gewerkschaften leisten ihren Anteil. Das darf niemanden überraschen. IG Metall und IG BCE unterstützen die Militarisierung der Wirtschaft und folgen der Politik des deutschen Staates.

» Die Aufrüstungspolitik leert nicht nur die Taschen der öffentlichen Haushalte und die Konten der Arbeitenden hierzulande, sie unterstützt auch die Völkermord-Politik an den Palästinenser:innen. «

Dieses Jahr standen Feierlichkeiten und Besuche anlässlich der offiziell 50-jährigen Partnerschaft zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der israelischen Histadrut an. Die Histadrut tritt heute als Gewerkschaftsdachverband auf, spielte aber als zionistische Organisation eine zentrale Rolle beim Aufbau des Apartheidstaates Israel – u. a. indem sie Palästinenser:innen gezielt vom Arbeitsmarkt ausschloss. Sie unterstützt den Genozid. Doch „Schwamm drüber“. Ende Oktober kam eine große Delegation des DGB zum Feiern. DGB-Chefin Fahimi schmeichelte dem Histadrut-Chef Bar-David: „In den letzten zwei Jahren haben es Ihnen die internationalen Gewerkschaften nicht leicht gemacht. Aber für uns sind Sie eine Schwestergewerkschaft, und es war immer klar, dass wir Ihnen unsere Hand reichen würden.“ Tja, die internationalen Gewerkschaften hatten viele Solidaritäts-Erklärungen mit den Palästinenser:innen herausgebracht und einige unterstützen Boykott-Aufrufe gegen den Genozid.

Die Hand, die Fahimi schüttelte, hatte vor zwei Jahren Bomben für Gaza mit „Grüßen“ aus Israel signiert. Kaum war die deutsche Delegation abgereist, wurde der Histadrut-Chef mit Dutzenden weiteren Funktionären verhaftet. Nicht wegen deren Unterstützung des Völkermordes, sondern wegen eines der größten Korruptionsskandale Israels, der den Filz zwischen Histadrut und Netanjahus Likud-Partei zeigt.

Die Delegation der Gewerkschaft der Polizei, die sich mit der israelischen Polizei traf, berichtete begeistert über den „fachlichen Austausch“ zu „Maßnahmen zur Drohnenabwehr und Terrorabwehr, Konzepte von Community Policing sowie konkrete Arbeitsbedingungen und Belastungen im Polizeialltag“. Kein Wort über die Apartheid gegenüber der arabischen Bevölkerung, nichts zum Völkermord. Normaler Polizeialltag halt… Ja, Israel kann viel beisteuern an Erfahrungen zur Kontrolle und Einschüchterung unterdrückter Bevölkerungsteile und von Demonstrant:innen. Diese „Erfahrungen“ kommen zu uns zurück nach Deutschland.

Ihr „Frieden“ ist eine Kriegserklärung an uns alle. Wir werden weiter protestieren. Für den 28. November rufen italienische Gewerkschaften zu einem Streik- und Aktionstag auf. Am 29. November ist Internationaler Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Free Palestine! ■

Sabine Müller, Berlin

Palästinenser und Israelis protestieren gegen den Abriss von Häusern durch israelische Behörden im Ostjerusalemer Stadtteil Silwan.

„Dreckiger Kommunist“ oder glanzvoller Sozialdemokrat?

New York City (NYC), das Herz des Finanzkapitals, hat einen neuen Bürgermeister: ausgerechnet den selbsternannten Sozialisten Zohran Mamdani. Doch wer ist dieses neue Gesicht der Demokraten und kann er es wirklich schaffen, New Yorks Arbeiter:innenklasse aus der Armut zu heben?

Das Interesse, welches die europäischen Medien dieses Jahr an der Bürgermeisterwahl in New York City hatten, war ungewöhnlich groß – geht es doch letztendlich um ein in seiner Macht sehr begrenztes Amt, dass stark von der Regierung des gleichnamigen Bundesstaates abhängig ist. Und ohne den jungen, linken Kandidaten der Demokraten hätten viele von uns sicher diese Wahl kaum mitbekommen. „Reicher Demokrat gewinnt gegen reichen Republikaner, versprochen hat er Steuersenkungen für Reiche“, wäre kaum eine Meldung wert gewesen.

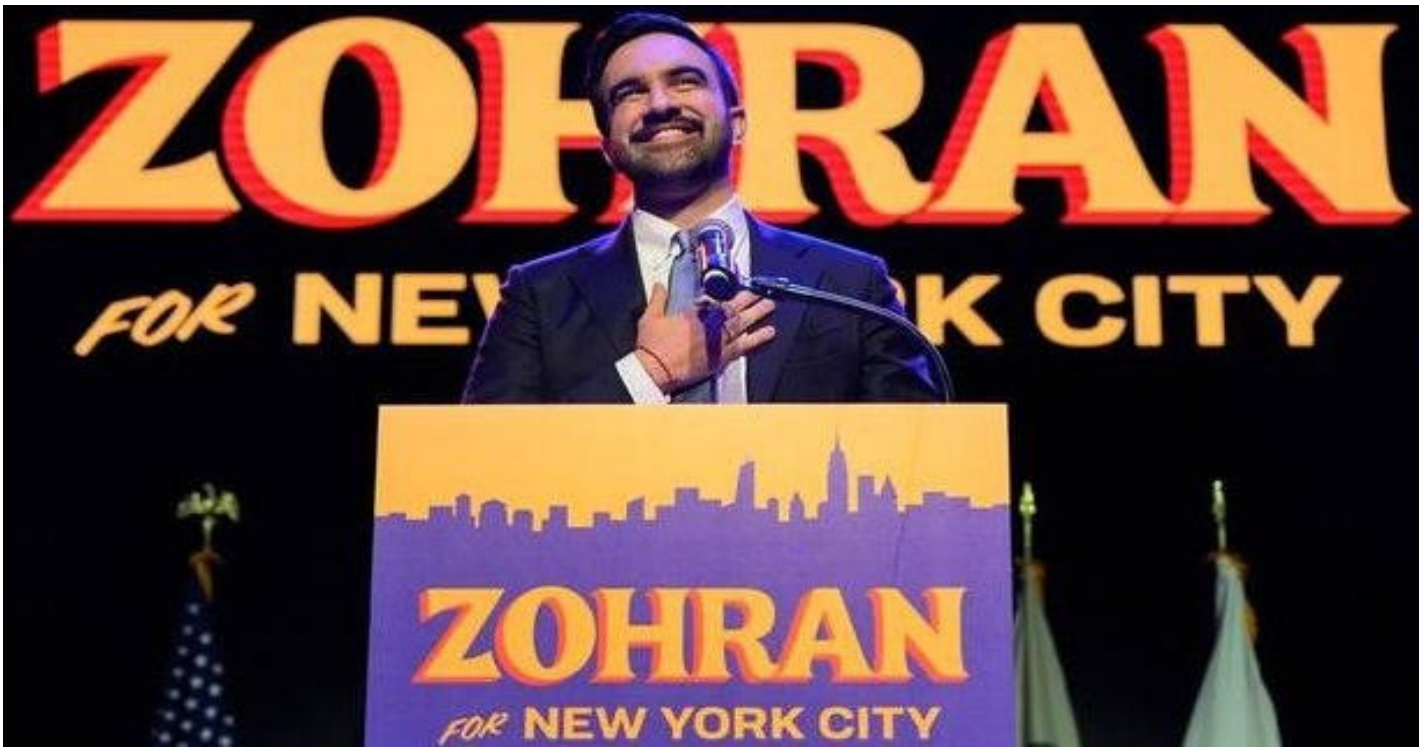
Doch diese Wahl ist gänzlich anders verlaufen und hat Zohran Mamdani als neue, schillernde Persönlichkeit der linken Demokraten ins Rampenlicht gerückt.

Der 34-jährige gebürtige Ugander hat es dabei geschafft, innerhalb weniger Monate von einem absoluten Außenseiter im Rennen um die demokratische Kandidatur (Umfragen bei weit unter 10 Prozent), zum Gewinner der Wahl zu werden, die er mit über 50 % für sich entscheiden konnte. Dabei setzte er sich nicht nur gegen seine demokratischen und republikanischen Mitbewerber durch (sein Hauptkontrahent Andrew Cuomo kandidierte nach seiner Niederlage in den parteiinternen demokratischen Vorwahlen als unabhängiger Kandidat gegen ihn), sondern auch gegen die vereinten Kräfte von Kapital und Trump, die Millionen Dollar locker machten, um ihn zu stoppen. Doch wie kam dieser Erfolg zustande?

Ein Wahlkampf mit sozialen Forderungen

Letztendlich lässt dieser sich vor allem auf ein einfaches Rezept zurückführen: Ökonomische Probleme der armen Bevölkerung ansprechen, während man den rechten Kulturkampf gekonnt ignoriert und bloßstellt. Von Beginn an fokussierte er seine Kampagne auf Themen, die die ärmere Bevölkerung in einer der teuersten Städte der Welt konkret bewegen: Mietpreisbremse, kostenlose Busse und KiTas sowie von der Stadt subventionierte, inhabergeführte Lebensmittelgeschäfte mit stabilisierten Preisen. Diese Forderungen kamen nicht von ungefähr: Mamdani ist seit mehreren Jahren Mitglied bei den „Democatic Socialists of America“, einer links-sozialdemokratischen Organisation in- und außerhalb der Demokratischen Partei. Nach europäischen Standards ist diese zwar genauso wenig kommunistisch wie die deutsche Linkspartei, für die amerikanische kapitalistische Presse jedoch der Inbegriff für stalinistische Diktatur. Ein Vorwurf, der aber auch im erzliberalen Amerika nicht mehr wirklich verfing – für die Wähler:innen zählten eher Mamdanis Inhalte und die Tatsache, dass er weder ein Teil des republikanischen noch des demokratischen Establishments ist.

Das bringt uns zum zweiten Grund für Mamdanis Erfolg: Der gescheiterte Kulturkampf gegen ihn. Je erfolgreicher Mamdani im Wahlkampf wurde, desto größer wurde die Liste seiner Gegner:innen. Neben Trump und seinen



Republikaner:innen waren das auch viele Demokrat:innen, die ihn öffentlich anzweifelten, wie die New Yorker Gouverneurin Kathy Hochul und nicht zu vergessen seine Parteikollegen Andrew Cuomo (ehemaliger Gouverneur des Bundesstaats New York) und Eric Adams (aktueller Bürgermeister von NYC), außerdem das „Who is Who" des New Yorker Kapitals. Gegen Mamdani führten sie nicht nur das Schreckgespenst des Kommunismus ins Feld, sondern auch die Tatsache, dass er Muslim ist (nicht selten brachten Internetposts ihn mit 9/11 in Verbindung). Auch Mamdanis Palästinasolidarität, die er als Mitbegründer von *Students for Justice in Palestine* vertritt und von der er nie zurückgewichen ist, wurde ihm laufend vorgeworfen. Jüd:innen seien in seinem New York „nicht mehr sicher" – und ein Antisemit sei er sowieso.

Mamdani ging aber auf diese Vorwürfe kaum bis gar nicht ein. Statt sich in einen zermürbenden Kulturkampf einzulassen, blieb er beharrlich bei seinen sozialen Themen und offenbarte somit die Lächerlichkeit der gegen ihn geäußerten Angriffe. Als Beispiel: Statt, wie all seine Mitbewerber in einem Fernsehinterview auf die Frage, wohin sie als Bürgermeister als erstes reisen würden, wie alle anderen „Tel Aviv!" zu brüllen, meinte er nur, er würde in NYC bleiben, wo man ihn auch brauche. Ihm spielte jedoch auch in die Hände, dass seine Mitbewerber (gerade Cuomo) eine lange Liste realer Skandale vorweisen konnten: So belästigte New Yorks ehemaliger Gouverneur mehrfach Frauen am Arbeitsplatz und ließ ältere Menschen fahrlässig während Corona in Altersheimen sterben.

Wichtig für Mamdanis Erfolg waren neben seinen sozialen Themen auch die unzähligen Helfer:innen, die sich um ihn im Laufe des Wahlkampfes sammelten. So bekam Mamdani so gut wie keine Großspenden des Kapitals, jedoch tausende Kleinstspenden, die seine Kampagne finanzierten. Noch wertvoller waren jedoch die „Zeitspenden" an ihn: Tausende Menschen machten für ihn Haustürwahlkampf, demonstrierten und verbreiteten seine zahlreichen TikTok-Videos. Mamdani schaffte es, um seine Kampagne eine Bewegung aufzubauen, die von Frauen-Vereinigungen wie „Hot Girls for Zohran" bis zu religiösen Communities reichte. Diese Präsenz konnte man nur schwer ignorieren, gerade im Internet. Mamdani gelang damit das, was hierzulande die Linkspartei in einem deutlich kleineren Maßstab geschafft hat: Die Mobilisierung einer vor allem akademisch geprägten Jugend, deren Politikverdruss in linken Aktionismus umschlägt. Wobei Mamdani auch wirklich Teile der New Yorker Arbeiter:innenklasse erreichte: unter chinesisch-, hispanisch-, oder jaimakanischstämmigen Arbeiter:innen schnitt er sehr stark ab.

» Von Beginn an fokussierte er seine Kampagne auf Themen, die die ärmere Bevölkerung in einer der teuersten Städte der Welt konkret bewegen «

Mamdani wird es nicht richten

Nicht wenige Linke sind über diesen Sieg euphorisch. Doch man sollte sich nicht täuschen lassen: Mamdani ist ein Reformist – und das durch und durch. Sein Ziel ist die „Rettung" des kapitalistischen Systems durch eine soziale Stabilisierung der amerikanischen Gesellschaft, die gerade auf den Faschismus zustolpert und die ökonomischen Grundlagen für eine proletarische Revolte der Ärmsten schafft.

Mamdani möchte vielleicht die Lebensrealität vieler Menschen verbessern, aber diese Reformen werden voraussichtlich ins Leere laufen. Bereits jetzt steht die Gouverneurin des Bundesstaats – welche zuständig wäre für die Erhöhung der Vermögenssteuer, mit der Mamdani seine Projekte finanzieren will – seiner Agenda feindlich gegenüber und Trump drohte bereits, die Bundesmittel für NYC stark zu kürzen. Sollte Mamdani seine Versprechen nicht einlösen können, droht eine ähnliche Dynamik wie unter Alexis Tsipras in Griechenland 2014 oder vergleichbaren linksreformistischen Projekten: Die durch und für die Wahl mobilisierten Massen wenden sich enttäuscht ab von der Politik und treten den Rückzug ins Private an.

» Sollte Mamdani seine Versprechen nicht einlösen können, droht eine ähnliche Dynamik wie unter vergleichbaren linksreformistischen Projekten: Die durch und für die Wahl mobilisierten Massen wenden sich enttäuscht ab von der Politik. «

Ist diese Wahl für uns Revolutionär:innen also nur ein weiteres reformistisches Experiment, das letztendlich mehr schadet als nützt? Ganz so pessimistisch muss man es nicht sehen. Denn diese Wahl birgt auch viele Chancen: Sollte Mamdani mit seinen Projekten, wie anzunehmen, auf den vereinigten Widerstand von Demokrat:innen, Republikaner:innen und Kapital stoßen, könnte das der Arbeiter:innenklasse klar vor Augen führen, dass Gerechtigkeit und ihr Wohlergehen in diesem System schlichtweg nicht gewollt sind. Sie könnte erkennen, dass es, trotz überwältigender Mehrheiten, keine Hoffnung auf Verbesserungen im jetzigen System der USA gibt – und dass es dementsprechend nur eine Lösung geben kann: Die Zerschlagung des gesamten kapitalistischen Systems. Dass der Reformist Mamdani diesen Weg mitgehen würde, ist höchst fragwürdig. Doch er hat uns gezeigt, dass man auch in Trumps Amerika mit sozialen Themen und ökonomischen Forderungen Tausende Menschen mobilisieren kann. Ein Prozess, der hoffentlich nur der Anfang von etwas Größerem sein wird. ■

Jonas Schmidt, Mannheim

Sudan: Kapitalistische Barbarei in ihrer Reinform

Nach der von Gräueltaten begleiteten Einnahme der Stadt al-Faschir im Sudan durch eine der beiden Bürgerkriegsparteien zeigen auch westliche Medien wieder mehr Interesse am Bürgerkrieg im Sudan. Der zweieinhalb Jahre andauernde Krieg hat schätzungsweise 150.000 Todesopfer gefordert, über 12 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen und noch mehr sind von der kriegsbedingten Hungerkatastrophe betroffen.

Es ist nicht so, dass „die Weltgemeinschaft“ einfach nur weggeschaut hätte, sondern ausländische Unterstützung befeuert den Krieg.

Ein gebeuteltes Land

Der Sudan blickt seit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien 1956 auf eine instabile Geschichte zurück, die von Putschen und Gewaltherrschaft geprägt ist. Der Grundstein für den heutigen Bürgerkrieg wurde gelegt, nachdem 2019 im Rahmen einer revolutionären Mobilisierung der Bevölkerung die Armee den seit 1989 herrschenden Machthaber Umar al-Baschir absetzte. Schnell wurde die Bevölkerung von der Macht ausgeschlossen und 2021 mit einem konterrevolutionären Putsch die Macht des Militärs gestärkt.[1] Doch die Repressionsorgane begannen sich um die Beute zu streiten: Die ehemalige Leibgarde des Diktators al-Baschir, die *Rapid Support Forces* (RSF), die den Putsch 2021 mit der regulären Armee (SAF) gemeinsam durchgeführt hatte, rebellierte gegen die reguläre Armee (SAF).

Der aktuelle Konflikt

Beide Parteien sind dabei erfahren in Massenmord und humanitären Gräueltaten, was die Einnahme der Stadt Al-Faschir durch die RSF vor wenigen Tagen wieder eindrücklich gezeigt hat. Berichtet wird von Massenerschießungen, Vergewaltigungen und gezielter Aushungerung.

Wie so oft ist dieser Krieg jedoch nicht nur ein Kräftemessen innerhalb der Armee, sondern auch ein Ausdruck imperialer und ökonomischer Interessen. So werden die RSF hauptsächlich von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) unterstützt, die sich dadurch nicht nur Zugriff auf die reichhaltigen Ölreserven und Goldminen des Landes sichern wollen, sondern auch an der strategischen Lage des Landes als Zugang zu Afrika vom arabischen Raum aus interessiert sind. Die SAF wird hingegen traditionell stark von Ägypten, der Türkei und Saudi-Arabien unterstützt, die kein Interesse an einem Verlust ihres Einflusses haben. Ein Konflikt also, der zwischen autoritären Diktaturen ausgetragen wird, die den Sudan als rohstoffreichen Spielball ihres Kapitals erhalten oder gewinnen wollen. Diese Regionalmächte auf beiden Seiten sind im Übrigen beste Verbündete des westlichen Imperialismus, was auch erklärt, weshalb sich dieser auf keine der beiden Seiten geschlagen und einfach zugeschaut hat.

» Ein Konflikt also, der zwischen autoritären Diktaturen ausgetragen wird, die den Sudan als rohstoffreichen Spielball ihres Kapitals erhalten oder gewinnen wollen. Diese Regionalmächte auf beiden Seiten sind im Übrigen beste Verbündete des westlichen Imperialismus «

Revolution als Ausweg?

Verlierer ist dabei einzig und allein die Bevölkerung und ihr Kampf für soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung. Denn die Revolution 2018/19 war vor allem von lokalen Revolutionskomitees, Gewerkschaften und einer starken Frauenbewegung vorangetrieben worden. Ihr Ziel war die Vernichtung der jahrzehntelangen Gewaltherrschaft des Kapitals, die durch Islamismus und Militär die Massen unterdrückte. Eine Bewegung, die für alle Länder in der Region inspirierend war – und nun durch Blut und Krieg erstickt wurde.

Trotz der erhöhten Aufmerksamkeit, die der Westen seit der brutalen Eroberung al-Faschirs dem Sudan zukommen lässt, ist eine Lösung nicht in Sicht. Zu gering ist das strategische Interesse des globalen Imperialismus an dem Land, zu praktisch der Krieg zum Niederhalten einer brodelnden Revolution. Diese bleibt aber der einzige Ausweg aus der Barbarei, die der Kapitalismus über das Land gebracht hat. Unsere stärkste Waffe gegen den Krieg bleibt die Solidarität mit der sudanesischen Arbeiter:innenklasse und ihrem Kampf für die Revolution! ■

Jonas Schmidt, Mannheim und Richard Lux, Berlin

Fußnoten

1 https://www.sozialismus.click/freiheitsbewegung-im-sudan-unterdrueckt-mit-deutscher-hilfe-2

https://www.sozialismus.click/putsch-im-sudan-es-gibt-keinen-mittelweg-gegen-die-diktatur/

10 Jahre Ni Una Menos:
Der Kampf gegen sexistische und sexuelle Gewalt geht weiter!

Am 3.06.2015, in Reaktion auf den Mord der 14-jährigen Chiara Páez, versammelten sich Hunderttausende auf den Straßen in Buenos Aires. Dieser Protest erweiterte sich rasch über die Grenzen Argentiniens hinaus und bildete den Anfang der Ni-una-Menos-Bewegung, die sich dem Kampf gegen Femizide und alle Formen sexueller und sexistischer Gewalt widmete. 10 Jahre nach dem Beginn dieser Bewegung stellt sich dieser Kampf umso aktueller — angesichts des internationalen Rechtsrucks und auch auf deutschem Boden, wo Frauenhäuser auf Kosten von Frauenleben gekürzt werden.

Zehn Jahre später hat sich die Realität für viele Frauen und queere Personen kaum verbessert. Dabei liegt das Problem nicht „im Stadtbild", wie es Friedrich Merz zuletzt behauptete (siehe dazu S.10/11), sondern im häuslichen Kontext. In Deutschland wurden laut Bundeskriminalamt im Jahr 2023 938 Frauen und Mädchen Opfer von versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten, davon 360 vollendete Taten, in Österreich wurden 2024 mindestens 27 Frauen ermordet. Die meisten Täter sind (Ex-)Partner oder Männer aus dem näheren Umfeld. Hinter jeder dieser Zahlen stehen Geschichten, mit ungenügendem Zugang zu Frauenhäusern, die ein Produkt von Kürzungspolitik sind.

Feministische Projekte werden systematisch ausgehungert. In Berlin strich der Senat 2025 die Förderung für mehrere Frauenhäuser und Beratungsstellen, mit der Begründung, „Sparmaßnahmen" seien unumgänglich. In Bayern und Berlin wurden Gelder für queere Jugendarbeit gekürzt, in Sachsen-Anhalt ein feministisches Kulturzentrum geschlossen. In Argentinien löste Präsident Javier Milei das Ministerium für Frauen, Geschlechter und Diversität kurzerhand auf – und erklärte öffentlich, der Feminismus sei „eine linke Lüge". Das sind keine isolierten Entscheidungen, sondern Teil eines globalen Backlash.

Gleichzeitig gewinnen antifeministische Kampagnen an Lautstärke. In Deutschland hetzt die AFD gegen die „Gender-Ideologie", während in Polen die PiS-Regierung das Abtreibungsrecht fast vollständig abgeschafft hat. In den USA versuchen republikanische Gouverneure, Transpersonen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Diese Angriffe haben ein gemeinsames Ziel: Frauen und queere Menschen wieder in traditionelle Rollen zu drängen und jede Form kollektiven Widerstands zu brechen.

> » Während Rechte und Konservative ein Teil unserer Klasse durch den Kampf „gegen Woke" gewinnen will, ist es umso notwendiger den Kampf für Frauen- und Queerenbefreiung mit dem tatsächlichen Kampf gegen Entlassungen und Kürzungen zu verbinden. «

Doch die Grüne Welle, die aus Argentinien über Polen bis an fast alle lateinamerikanischen Länder durchging, hat auch für Aktivist:innen viele Lehren anzubieten. Durch den hartnäckigen Druck von massiven Demonstrationen, die nicht auf die Versprechen von Politikern warteten, erzielten die Argentinierinnen das Abtreibungsrecht - trotz des starken Einflusses der Kirche. Ein Recht, das Milei zwar ins Visier genommen hat, bislang jedoch unangetastet geblieben ist. Vor allem hat sich eine ganze

Generation von Aktivist:innen im Kampf bewusst gemacht, dass der Kampf gegen sexuelle und sexistische Gewalt eng mit dem Kampf gegen Kürzungspläne der IWF und schlechte Löhne zusammenhängt. Durch Ni una Menos verbreitete sich das Motto eines feministischen Streik

Während Rechte und Konservative ein Teil unserer Klasse durch den Kampf „gegen Woke" gewinnen will, ist es umso notwendiger den Kampf für Frauen- und Queerbefreiung mit dem tatsächlichen Kampf gegen Entlassungen und Kürzungen zu verbinden. Wir sehen mit dem Angriff auf Roe vs. Wade in den USA und in den Versprechen der CDU und AFD gegen das Selbstimmungsgesetz dass alle unsere Rechte immer unter Gefahr stehen. Dazu kommt auch die Vermehrung von Angriffen auf CSD-Paraden in den letzten Jahren.

Genau deshalb ist es notwendig dieses Jahr am Trans Day of Remembrance und am Tag gegen Gewalt an Frauen auf die Straße zu gehen, und den Kampf gegen sexistische Gewalt mit dem gegen Kürzungen zu verbinden! ■

Eva Ruth, Hamburg

Heute schon Merz' Stadtbild gestört?

Man kann ja Merz viel vorwerfen. Aber wenn es um rassistische Sprücheklopferei geht, dann ist das für ihn noch immer Chefsache. Vor 2 Jahren verbreitete er, Asylbewerber würden sich beim Zahnarzt die Zähne neu machen lassen und die Deutschen würden keinen Termin kriegen. Nach Silvester 2022/2023, als Bilder von Böllerei und einem brennenden Bus in Berlin durch die Medien gingen, erklärte Merz uns was von „kleinen Paschas" und gescheiterter Integration. Auch seine letzte Bemerkung über „dieses Problem", dass wir „immer noch im Stadtbild" haben würden, und deshalb müsse weiter abgeschoben werden, das war echt nicht mehrdeutig. Sein arrogantes Grinsen war klar. Die Provokation hat er kurz darauf noch getoppt mit seiner Bemerkung, man solle doch mal „die Töchter fragen". Wenn der Bundeskanzler alle Migrant:innen so verachtet und das vor den Kameras wiederholt, dann leistet er seinen Beitrag zur Verbreitung rassistischer Vorurteile und Entsolidarisierung.

Nicht, dass es nicht jede Menge Probleme gäbe, über die jede Frau und jedes Mädchen ihre Geschichten erzählen könnte. Aber um das Lösen der vielen Probleme, mit denen man als Arbeiterklassefamilie ständig struggelt, ging es Merz natürlich nicht.

Wie *unser* „Stadtbild" aufgehübscht werden könnte

Man darf nicht ins Gegenteil verfallen, und so tun, als gäbe es keine Probleme „in den Stadtbildern". In vielen Vierteln beklagen sich die Leute, dass Häuser und Grünflächen herunterkommen oder zugemüllt sind. Das betrifft in erster Linie die Arbeiterklasseviertel, vor allem wenn sie migrantisch sind. Als Arbeitskräfte werden die Menschen gebraucht. Aber mehr?

Wie wäre es also damit, das Stadtbild aufzubessern, indem bezahlbare Wohnungen gebaut würden und jeder ein Recht auf eine schöne Wohnung hätte? Wie wäre es mit Fußballplätzen in jedem Kiez, die dieselbe Zuwendung kriegen wie die Bundesligavereine? Oder mit Jugendclubs und sozialen Räumen zum Lernen und Abhängen mit Freunden, die mit derselben finanziellen Aufmerksamkeit bedacht werden wie Rheinmetall oder Volkswagen? Wie wäre es mit freundlichen komfortablen regionalen und S-Bahnhöfen für jedermann und jede Frau, die mit derselben Aufmerksamkeit behandelt werden wie die Konsumtempel á la Hauptbahnhof? Wie wäre es, wenn es für obdachlose und drogensüchtige Menschen freundliche Anlaufstellen gäbe mit Sozialarbeitern? Wie wäre es mit schönen Schulen und guten Jobs und Studienplätzen für alle Jugendlichen, auch die in zweiter oder dritter Generation? Wie wäre es also, wenn unsere Viertel – vor allem die migrantischen Arbeiterviertel – dieselbe Aufmerksamkeit bekämen wie die schicken Villenviertel? Aber in Merz' engem Universum, das er predigt, kommt das nicht vor.

> » Unser Weltbild ist zum Beispiel das der Streikenden bei Lieferando. Wie bei Wolt und anderen Lieferdiensten haben die meisten Beschäftigten eine migrantische Geschichte und prekäre Aufenthaltstitel «

Muss man noch erwähnen, dass genau zur selben Zeit, wo Merz sich über „das Stadtbild" beklagt, die Streichungen im Sozialen Bereich – bei

Vereinen, die mit migrantischen Jugendlichen arbeiten oder Straßensozialarbeit machen, oder an Schulen – so richtig losgehen? Natürlich weiß Merz das. Aber sein Herz schlägt nun mal für seine Buddies in den Vorständen deutscher Industriekonzerne. Vorher wirft er ein paar Böller unter die Bevölkerung und düst dann ab zu seinen Treffen im Kanzleramt.

Merz verfolgt die Linie von Trump: laut provozieren, den Frust der Leute ausnutzen und gegen andere richten, Ängste über „die Sicherheit" aufbauschen. Wohl fühlt sich Merz bei seinen weißen Altherren-Kumpels, die alle gleich aussehen mit ihrem abgehobenen Millionärsgehabe und Privatjet-Stolz, und mit denen er so gerne die Angriffe gegen die gesamte Arbeiterklasse orchestriert. Nein Danke. Auf dieses enge „Stadtbild" von Merz haben wir keinen Bock.

Merz spricht nicht für „die Töchter"

Was Merz' Bitte angeht, die Töchter zu fragen, ist die Unterstellung, junge Frauen hätten vor allem vor Ausländern Angst, ekelhaft. Wenn man „die Töchter" fragt, dann haben sie vor „Männern" Angst, die Gewalttaten verüben. Wir wissen, dass diese Gewalt gegen Frauen vor allem innerhalb von Familien und Partnerschaften vorkommt. In allen sozialen Schichten. Deshalb brauchen wir mehr Schutz vor *dieser* Gewalt der Männer.

Und wie passt Merz' Sorge eigentlich zur neuen Freundschaft mit den Taliban-Männern? Frauen sind in Afghanistan nichts wert. Null. Aber Bundesinnenminister Dobrindt trifft sich mit den Taliban-Leuten gerne und schätzt sie als Partner. Wir wissen, was „die Töchter" in Afghanistan darüber denken. Ihnen gilt unsere ganze Solidarität.

Die Welt der Arbeitenden ist größer, vielfältiger und vor allem solidarisch

Unser Weltbild ist zum Beispiel das der Streikenden bei Lieferando. Wie bei Wolt und anderen Lieferdiensten haben die meisten Beschäftigten eine migrantische Geschichte und prekäre Aufenthaltstitel. Aber sie streiken und lassen sich nicht in noch miesere Ausbeutung bei Subunternehmen verdrängen. Es gibt Proteste gegen die vielen Kürzungen, denen man sich anschließen kann. In unser Weltbild gehören auch die Tausenden Arbeitenden in Griechenland, die gegen die Ausweitung des Arbeitstages auf 13 Stunden gestreikt haben. In die Aufzählung gehören auch zwei großen Protesttage in Frankreich gegen die Sparmaßnahmen, der Protest von 7 Millionen Menschen in den USA gegen Trump und die zwei Generalstreiktage in Italien. Oder Marokko, Peru, Nepal....!

Vor solchen Protesten hat Merz Schiss. Letztens in der Talkshow bei Miosga hat er über die „nächste große Reform" gesprochen und dass er keine Gelbwesten, keine Streiks und keine Proteste wie in Frankreich wolle. Er will, dass wir widerstandslos alles ertragen! Deshalb kommt er mit seiner „Stadtbild"-Hetze um die Ecke, droht Leute abzuschieben, alles und jeden mit Kameras und KI-Technologie zu überwachen, die Polizei auf die Leute zu hetzen und jeden willkürlich zu sanktionieren. Damit sich alle wegducken. Diesen Gefallen werden ihm nicht tun.

Und außerdem, so einen rassistischen Müll hatten wir schon mal. Schon mal haben sich Politiker an bestimmten Menschen im Stadtbild gestört und sie aus dem Blickfeld „vertrieben". Das war vor ungefähr 90 Jahren. Das kam wie ein Bumerang zurück und hat sich böse gerächt. Nein Danke, brauchen wir nicht nochmal. ■

Sabine Müller, Berlin

Was ist mit Merz' Herbst der Reformen?

Merz und seine Regierungsmannschaft waren angetreten mit dem Versprechen großer „Reformen". Die Konzerne beklagen sich, dass nichts passiert. Gut für uns?

Naheliegender ist, dass sie sich noch nicht über das richtige Timing und den Umfang der Angriffe auf uns einig sind. Wahrscheinlich zögern SPD und die Gewerkschaftsvorstände auch, wie weit sie zu Beihilfe bereit sind.

Die „Reform" des Bürgergelds ist der Anfang. Anfang Oktober hat die Bundesregierung beschlossen, den Druck auf erwerbslose Menschen und Menschen mit geringem Einkommen zu erhöhen. Alle sollen in Arbeit gezwungen werden, egal welche. Auf Alleinerziehende soll Durck aufgebaut werden, damit sie Vollzeit arbeiten. Das wird vor allem Frauen treffen. Mietkosten werden gekappt. Sanktionen werden verschärft, bis hin zur vollen Streichung der Mietkosten. Das Gesetz soll Juli 2026 kommen.

Aber der Wind hat sich in den Arbeitsagenturen und Jobcentern schon gedreht. Sogar die 1-Euro Jobs aus Mitte der 2000er Jahren sind wieder aufgetaucht. Ein SPD-Landrat zwingt in Nordhausen, in Thüringen, die arbeitslosen Jugendlichen zu 1,20 Euro-Jobs.

Noch dieses Jahr soll das Arbeitszeitgesetz geändert werden. Es soll keine tägliche Höchstarbeitszeit mehr geben. Nur die Ruhezeiten von 11 Stunden zwischen zwei Schichten und die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden maximal sollen bleiben. Aber 48 Stunden „im Durchschnitt"... Es wären Schichten von 13 Stunden (einschließlich Pausen) möglich.

Rechnen müssen wir auch mit der Ausweitung von Befristungen, Schwächung des Kündigungsschutzes und der Abschaffung der Lohnzahlung für die ersten Tage bei Krankheit. Die Unternehmen schießen aus dieser Ecke und Wirtschaftsministerin Reiche verbreitet das als „Ideen". Sie und viele andere sprechen von „Agenda 2030", eine Anspielung auf die Kriegserklärung auf das Arbeitsrecht Anfang der 2000er. Der Kurs ist klar: „mehr Kapitalismus", volle Freiheit für die Unternehmen. Zeit, sich gegen die Angriffswelle zu organisieren.

Schüler:innen machen mobil

Die „Schülis gegen Rechts“ (SgR) wenden sich gegen die Probleme im kapitalistischen Schulsystem und den Rechtsruck. Ein:e Genossi aus Frankfurt am Main berichtet von den Erfahrungen beim Aufbau der Gruppe.

Den Anfang unserer SgR-Gruppe in Ffm. machte ein kleines Kollektiv mit dem Namen „Schüler*innen gegen Rechtsextremismus“, welches sich letztes Jahr gründete. Das Ziel war dabei vor allem, etwas gegen die Zunahme von rechter Ideologie in den Schulen zu unternehmen. Schnell wurde eine WhatsApp-Gruppe gegründet, die verbunden mit einer Instagram-Kampagne starken Zuwachs erhielt.

Innerhalb kurzer Zeit hatte man dadurch so viele Menschen erreicht, dass im Januar 2025 ein Großplenum stattfinden konnte, an dem Schülis aller Frankfurter Schulen teilnehmen konnten. Schon hier kristallisierten sich allerdings starke Meinungsverschiedenheiten heraus – vor allem, ob man sich gegen „jede Art von Extremismus“ wenden wolle oder spezifisch gegen die Gefahr von Rechts durch die AfD und ihre bürgerlichen Steigbügelhalter. Eine Spaltung folgte, als deren Ergebnis sich die Mehrheit als SgR neu formte, in Verbindung zur gleichnamigen bundesweiten Initiative.

Kurz nach dieser Neugründung fand unser erstes Treffen unter neuem Namen statt, bei dem ca. 40 Leute anwesend waren. Hier wurde über mögliche Aktionsformen und generelle Ziele gesprochen –wie Demos, Schulstreiks, Infoveranstaltungen, Diskussionen und Bannerdrops. Bis heute treffen wir uns und planen unsere Aktionen in solchen wöchentlichen Plenen – auch wenn die Teilnehmer:innenzahl sich inzwischen auf 7-15 Schülis eingependelt hat.

Eine wichtige Frage für die Gruppe blieb jedoch die grundsätzliche politische Ausrichtung. Da SgR sich als eine breitgefächerte Orga sieht, welche als Repräsentantin eines breiten Spektrums der Schüler:innenschaft fungiert, war es sehr schwer, konkrete Positionen zu formulieren, z. B. in Bezug auf den Genozid in Gaza. Bis heute sieht sich die Gruppe nicht als klar sozialistisch o. ä., sondern nur als antikapitalistisch.

Was unsere Aktionen angeht, war der größte Erfolg wohl der Frankfurter Schulstreik am 7. 3. 2025. Es streikten etwa 300 Schüler:innen, was auch an den Medien nicht vorbei ging, die teilweise stark gegen uns schossen. Trotzdem konnte über den Streik die Reichweite von Schülis gegen Rechts vergrößert werden. Abgesehen davon mobilisierten wir zu verschiedensten Demos – einige in Kooperation mit weiteren Organisationen wie z. B. Fridays for Future.

Wir beteiligen uns auch am überregionalen Aufbau: Mitte September 2025 fand ein bundesweiter Kongress in Dresden statt, der zur Vernetzung der einzelnen Ortsgruppen diente. Dieser war, auch wenn von berüchtigten Nazis aufgesucht, ein voller Erfolg. Es gab Skillshares und Workshops zu Inhalten wie Pressegesprächen, Vernetzen, Orgaaufbau, Demotrainings, Rechte im Osten Deutschlands usw. Anwesend waren ca. 50 Schüler:innen aus ganz Deutschland. Wirkliche Beschlüsse waren jedoch leider nicht möglich, da nur ein Teil der Ortsgruppen anwesend war.

Nun liegt unser Fokus auf einer bundesweiten Demo zum Internationalen Tag der Bildung (24. Januar), welche von Schülis gegen Rechts in Kooperation mit der GEW geplant wird, sowie einer Podiumsdiskussion zum Thema AfD an Schulen. Ebenfalls wird zur Demo gegen die Neugründung der AfD-Jugend mobilisiert. Solche Kooperationen mit anderen Organisationen und Gewerkschaften sind, wie wir denken, wichtig für die Ausweitung der Bewegung.

Das große Ziel von SgR bleibt dabei ganz klar, junge Menschen politisch zu aktivieren und ihnen erste Möglichkeiten zur Organisierung zu bieten.

Auch wenn ich es als richtig erachte, dass das Bündnis keine strikte politische Ausrichtung hat, ist es dabei vor allem unsere Aufgabe als Kollektiv, inhaltlich tiefer zu gehen und die Zusammenhänge zwischen Bildungskrise, Rechtsruck und Kapitalismus zu vermitteln – für alle zugänglich, mit niedrigschwelligen Workshops und Bildungsangeboten. Denn nur so können wir den Rechtsruck nachhaltig stoppen. ■

Lou, Schüler:in aus Frankfurt a. M.

Bahn: Viele Probleme verderben die Fahrt

Wer regelmäßig aufs Bahnfahren angewiesen ist, kennt es: Verspätungen und Zugausfälle sind ein riesiges Problem. Nicht nur für die Fahrgäste, auch für die Bahner:innen selbst. Aber wie ist es so weit gekommen?

Ein Problem sind fehlende Gleiskapazitäten. S-Bahn, RE, RB, ICE und Güterzüge müssen oftmals über dieselben Gleise. Ständig steht man sich im Weg. Seit der Privatisierung des Bahnsystems ab den 1990er Jahren sind Gleise und Weichen massiv abgebaut worden. Wir brauchen dringend mehr Gleise und Ausweichmöglichkeiten. Abbau geht schnell, doch Strecken in Deutschland wieder neu zu bauen, braucht Jahrzehnte.

Die „Verzögerungen im Betriebsablauf“

Gefühlt braucht es auch länger als früher, die vielen Störungen zu beheben. Eine einzelne Oberleitungsstörung kann dazu führen, dass 12 Stunden nix fährt. Die Störungen haben viele Gründe. Gleise, Weichen, Stellwerke, Signale gehören zur Infrastruktur und dem Konzernunternehmen DB InfraGo. Das ist immer noch zu 100 % staatlich, aber intern funktioniert es wie ein Privatunternehmen: Es geht um Gewinne. Also wurde vieles an externe Firmen ausgelagert, Personal abgebaut und auf Verschleiß gefahren.

Die vielen Großbaustellen jetzt, die marketingmäßig von Riesentamtam begleitet werden, sind eigentlich peinlich. Manchmal fehlen auch einfach Teile, um kaputte Anlagen schnell zu reparieren. Bei der S-Bahn in Berlin hat kürzlich ein Streckensignal für Witze gesorgt, das mit Spanngurten festgezurrt wurde, damit es nicht mehr umfällt. Naja, die neue Finanzchefin bei der Deutschen Bahn war früher Chefin bei Hornbach. Passt irgendwie.

Bei Störungen müssen Fahrdienstleiter:innen und Disponent:innen Züge und Personal umleiten. Aber wenn überall Leute fehlen – oder eben Züge und Gleise -, dann klemmt es. So erlebt man schon mal, dass im Zug angesagt wird, dass das Fahrpersonal noch nicht da sei und gesucht werde …

Hinzu kommt, dass man im Nahverkehr oft sehr kurze Wendezeiten hat (die Zeit von der Ankunft an der Endstation bis zur Rückfahrt). Dadurch nimmt man die Verspätungen aus der vorigen Fahrt immer mit. Toiletten sind auch ein ewiges Thema. Die gibt es oft nicht oder man hat auch gar keine Zeit dafür … Schnell gibt es Verspätung, weil man nach über 4 Stunden einfach mal muss (oftmals neben den Zug).

> » Die DB ruft ständig neue Marketing-Projekte ins Leben und verspricht Verbesserungen. Dabei wird nur an Symptomen herumgedoktert. «

Alles für den äußeren Schein …

Die DB ruft ständig neue Marketing-Projekte ins Leben und verspricht Verbesserungen. Dabei wird nur an Symptomen herumgedoktert. Alte Projekte werden wieder fallen gelassen wie z. B. der Deutschlandtakt, der … auf das Jahr 2070 verschoben wurde. Aktuell gibt es das „S3“ Projekt, dass bis 2027 abgeschlossen sein soll und die „Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit auf der Schiene“ verspricht. Wofür steht „S3“? Sparen, sparen, sparen?

Medienwirksam hat die S-Bahn in Berlin ein Projekt mit Rettungssanis in Bereitschaft angekündigt, weil es viele Notarzteinsätze gibt, die zu Verspätungen führen. Doch das ist nur ein kleines Team für eine ganz kurze Zeit. Früher gab es auf jedem Bahnsteig eine Aufsicht, die eine Erste-Hilfe-Ausbildung hatte und schnell reagieren konnte. Die sind gestrichen worden. Wenn jetzt was passiert, dann ist die Lokführerin alleine und erreicht hoffentlich jemanden auf der internen Hotline (kann dauern).

Das private Bahnunternehmen National Express hat kürzlich in Nordrhein-Westfalen die S4 am Wochenende bewusst ausfallen lassen, weil es mehr Geld vom Verkehrsverbund fordert. Die Zeitungen haben vom „Streik“ des Unternehmens gesprochen. Private Bahnunternehmen machen ein paar Jährchen Gewinn mit dem Betrieb von Linien und dann kommt das Debakel. Den Unmut der Fahrgäste bekommen die Bahner:innen ab. Kein Vergnügen, dann in Dienstkleidung rumzulaufen.

Seit 30 Jahren wird das Bahnsystem auf profitabel getrimmt und geschrumpft. Umso schwieriger wird es nun mit der Verkehrswende. Geld und Personal für ein staatliches Bahnsystem allein im Interesse der Bevölkerung, sozial und klimafreundlich, das ist es, was wirklich dringend ist! ■

Sabine Müller, Berlin

Sie sagen kürzen – wir sagen stürzen

In Österreich soll das überraschend aufgeklaffte Budgetloch und die Wirtschaftsflaute auf Kosten der Arbeitenden und Armen behoben werden. Mit dabei ist die Sozialdemokratie — in der Regierung und den Gewerkschaften. Was als Sparprogramm verkauft wird, ist ein klassischer Klassenkampf von oben: Die Reichen bleiben verschont, der Rest zahlt die Zeche. Doch es gibt auch Widerstand.

Das aktuelle Budgetdefizit, mit dem die Kürzungen begründet werden, ist das Ergebnis politischer Entscheidungen: Milliarden an Corona-Förderungen sind an große Unternehmen geflossen – oft ohne Kontrolle, Rückzahlung oder Auflagen. Österreich hat seit Jahren eine der höchsten Teuerungsraten Europas – derzeit ist sie doppelt so hoch wie in der Eurozone. Die Reallöhne sinken, Lebensmittel-, Energiepreise und Mieten explodieren, die soziale Infrastruktur bricht ein.

Sparen bei den Armen

Nachdem die aktuelle Regierung aus Volkspartei (ÖVP), SPÖ und liberalen NEOS schon große Einsparungen vorgenommen und weitere angekündigt hat, werden jetzt in allen Bundesländern Sparprogramme präsentiert: Kürzungen bei Arbeitslosen, Wohnungslosen, Suchtkranken und Geflüchteten. Kündigungen und Schließungen von Einrichtungen in diesen Bereichen drohen oder wurden schon angekündigt. Neben dem Sozialbereich wurden auch bei Gesundheit, Bildung und Kultur Förderungen eingefroren. In Salzburg wird der „Pflegebonus“ in Höhe eines Monatsgehalts, der nach der Corona-Pandemie für das Pflegepersonal in Krankenhäusern eingeführt wurde, gestrichen. Im Gesundheitsbereich werden in mehreren Bundesländern Krankenhäuser geschlossen und Notarztdienste reduziert. Kürzlich wurden Todesfälle bekannt, weil Versorgungsbedürftige aus Kapazitätsgründen nicht aufgenommen wurden. Die Kürzungen werden zu mehr Elend, Kriminalität und Not führen und bald im Stadtbild sichtbar werden.

Während bei den einen gespart wird, wird die Masse zur Kasse gebeten. In Wien steigen die Preise für den öffentlichen Verkehr, die Jahreskarte um 27 %, Strom und Wärme werden deutlich teurer, Gebühren für Reisepässe wurden um 48 % angehoben.

Die Sozialpartnerschaft ist zurück

Streiks im Sozialbereich, Betriebsversammlungen im Handel, kämpferische Abschlüsse im Metallbereich – während der Vorgängerregierung aus ÖVP und Grünen gab es ein Hoch bei Arbeitskämpfen. So haben die Gewerkschaften nach Jahrzehnten der Flaute wieder zehntausende Mitglieder gewonnen.

Heute sitzen sozialdemokratische Gewerkschaftsführungen für die SPÖ im Parlament, die ehemalige Vizechefin des Gewerkschaftsbundes ist Sozialministerin. Sie alle tragen die Einsparungen nicht nur mit, sondern demobilisieren auch die Arbeitenden und sorgen für Flankendeckung der Regierung.

Im Metallerbereich wird nur die halbe Inflation abgegolten und auf Einmalzahlungen gesetzt. Nachdem der Chef der Produktionsgewerkschaft vor wenigen Jahren noch mit dem Ausruf „Mit den Einmalzahlungen können sie scheißen gehen“ für Aufsehen gesorgt hat, verteidigt er jetzt den Abschluss als Arbeitsplatzsicherung. Selbst in der Gewerkschaft sollte bekannt sein, dass niedrige Abschlüsse keine Arbeitsplätze sichern – sondern nur Kämpfe und Solidarität. Im öffentlichen Dienst war eine Abgeltung von 0,3 % über der Inflation vorgesehen, nachdem im Vorjahr unter der Inflation abgeschlossen wurde. Die

HOCHSCHULEN IM ARBEITSKAMPF

SFU

Die Sigmund Freud PrivatUniversität Wien (SFU) hat viele Jahre hohe Gewinne eingebracht. Eine neue Geschäftsleitung soll diese weiterhin gewährleisten und greift hart durch: Personalabbau durch Kündigungen, Angebote zur einvernehmlichen Auflösung und fehlende Nachbesetzungen sind bereits Realität. Die Inflationsanpassung der Gehälter soll ausgesetzt werden. Der seit zwei Jahren bestehende Betriebsrat setzt diesen Angriffen Widerstand entgegen, ist aber auch von Repression betroffen. Der Betriebsratsvorsitzende Carlos wurde beim Arbeitsgericht auf Kündigung geklagt. Doch die Belegschaft wehrt sich weiter: Beim ersten Gerichtstermin war eine Kundgebung von solidarischen Kolleg:innen, Betriebsräten anderer Einrichtungen und Aktivist:innen im Verhandlungssaal gut zu hören. Die Mitarbeiter:innen haben ein Streikkomitee gegründet und unabhängig von Gewerkschaft und Betriebsrat Mitte November einen Warnstreik organisiert. Solidarität wurde auch von Betriebsrät:innen vieler anderer Hochschulen ausgedrückt.

Fachhochschulen für Kollektivverträge

Obwohl in Österreich laut Gewerkschaften 98 % der Dienstverträge durch Kollektivverträge abgedeckt sind, gehören Fachhochschulen nicht dazu. Knapp 10.000 Mitarbeiter:innen arbeiten auf der Basis von durch Betriebsräte verhandelten Betriebsvereinbarungen oder müssen ihre Gehälter individuell mit den Arbeitgebern vereinbaren. Dagegen haben sich Betriebsräte jetzt gemeinsam mit der zuständigen Gewerkschaft organisiert. Ziel ist es, die Arbeitgeber zur Gründung eines kollektivvertragsfähigen Verbandes zu bringen. Dafür wurde im September nach einer Betriebsversammlung in Wien eine öffentliche Kundgebung abgehalten. Bei gleichzeitig stattfindenden Aktivitäten an den 20 anderen Fachhochschulen wurden Unterschriften der Belegschaften gesammelt und gemeinsam die Forderung nach einem Kollektivvertrag bekräftigt. Dieser soll auch helfen, Druck auf die Regierung auszuüben, den Bildungsbereich endlich auszufinanzieren.

Gewerkschaftsspitzen haben die Vereinbarung bereitwillig aufgelöst und einen Abschluss über drei Jahre mit Nulllohnrunde und niedrigen Erhöhungen vereinbart.

In der Sozialwirtschaft, dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich, wurde in der ersten Verhandlungsrunde von den Arbeitgebern ein Schreiben präsentiert, das Kürzungen der öffentlichen Förderungen durch die sozialdemokratisch regierte Stadt Wien in Höhe von 500 Millionen Euro ankündigt – weshalb Lohnerhöhungen nur durch Personalkürzungen möglich seien. Die sozialdemokratischen Genoss*innen in der Gewerkschaft reagieren mit Appellen an „Vernunft“ und „Verantwortung“. Die ÖGB-Führung hat sich dem Dogma der Budgetsanierung untergeordnet. Die Sozialpartnerschaft zeigt damit ihre eigentliche Rolle für das Kapital.

Banken und Reiche feiern

Hinter dem Credo, dass alle ihren Beitrag leisten müssen, steckt wenig Wahres. Die Banken feiern Rekordgewinne, ihre Abgaben sind rein symbolisch. Auch die Reichen können ihre Vermögen weiter steigern. ÖVP und NEOS garantieren, dass Vermögens-, Erbschafts- und Unternehmenssteuern weiter tabu bleiben. Stiftungsprivilegien, Steuertricks und Konzernförderungen bleiben unberührt.

Wie in anderen Ländern auch, ist das Militär von den Kürzungen ausgenommen. Im Gegenteil – das Budget für Aufrüstung soll bis 2032 von 1 auf 2 % des BIP erhöht werden.

> ›› Auch wenn es derzeit keine koordinierte Massenbewegung gibt, formiert sich an verschiedenen Orten Widerstand. ‹‹

Widerstand

Auch wenn es derzeit keine koordinierte Massenbewegung gibt, formiert sich an verschiedenen Orten Widerstand. In Tirol haben Proteste der Behinderteneinrichtungen die Kürzungen in ihrem Bereich verhindert und bekommen zusätzliches Geld aus Übergewinnen des öffentlichen Energieanbieters. In der Steiermark und in Salzburg gab es bereits Demonstrationen mit rund 2.000 Teilnehmer:innen. Streiks von Pflegepersonal stehen im Raum. In Wien finden im November fast täglich Aktionen statt. Beschäftigte aus der Wohnungslosenhilfe haben sich organisiert und planen öffentliche Proteste, die Betriebsräte aus dem Suchtbereich sind geschlossen mit einer Petition und einer öffentlichen Betriebsversammlung an die Öffentlichkeit getreten. Betriebsrätinnen aus dem privaten Gesundheits- und Sozialbereich haben Demonstrationen und öffentliche Betriebsversammlungen für höhere Löhne angekündigt. Ein neues Bündnis aus linken Organisationen und Betriebsrät*innen hat sich gegründet.

Um die Kürzungen zurückzuschlagen, ist es notwendig, die Solidarität von Beschäftigten in anderen Bereichen zu gewinnen. Ansätze gibt es genügend. Dem Märchen der Alternativlosigkeit müssen Alternativen entgegengestellt werden. Geld ist genug da – wie die Gewinne der Banken, die Zuwächse der großen Vermögen und die steigenden Rüstungsausgaben zeigen. ■

Florian Weissel, Wien

VERANSTALTUNGEN

BERLIN

19:00 Uhr | BAVUL, Annenstraße 13
Do, 27. 11. La bataille d'Alger

19:00 Uhr | Mehringhof, Gneisenaustr. 2A, Blauer Salon
Mi, 03. 12. Die neue Wehrpflicht

Andere regelmäßige Veranstaltungen, Aufruf zu Demonstrationen und weitere Artikeln findet ihr auf unseren Sozialen Netzwerken und Websites.

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich
www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net